

10-Punkte-Agenda des Wirtschaftsrats zur Stärkung der Innovationskraft in Deutschland

Deutschlands Wirtschaft steht vor tiefgreifenden technologischen Umbrüchen. Gerade in den Kernbereichen Automobil- und Umwelttechnologie droht unsere weltweite Innovationsführerschaft verloren zu gehen. Die dramatische Haushaltssituation und der fortschreitende demographische Wandel machen eine konsequente Innovationsstrategie umso dringlicher. Deshalb muss es für die neue bürgerliche Regierungskoalition absolute Priorität haben:

- **Wachstumsbremsen zu lösen, um wirtschaftliche Dynamik zu entfalten,**
- **Rahmenbedingungen zu schaffen, die Innovationen fördern, und**
- **eine Bildungsoffensive zu starten, die den Fachkräftenachwuchs stärkt.**

Hierzu legt der Wirtschaftsrat seine 10-Punkte-Agenda zur Stärkung der Innovationskraft vor:

1. Paradigmenwechsel in der Mobilität als Antrieb für Innovationen nutzen!

Die deutsche Automobilindustrie als Schrittmacher für Wachstum und Wohlstand droht den Wettbewerb mit asiatischen Angreifern zu verlieren, wenn Wirtschaft, Politik und Verbraucher hierzulande nicht radikal umsteuern. Die Verteidigung unserer Kernkompetenzen angesichts neuer Herausforderungen an die Mobilität durch Klimaschutz und Globalisierung erfordert:

- Bündelung der Forschungsförderung und Steigerung der Entwicklungsleistungen, um bei Antriebssystemen, Verkehrsträgern und Speichertechnologien führend zu bleiben,
- breit angelegte Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie mit technologieoffenen Vorgaben zum Erreichen der ehrgeizigen CO₂-Minderungsziele,
- Entwicklung grundlegend neuer Geschäftsmodelle in der Automobil- und Energiewirtschaft.

2. Modernisierung der Kraftwerke und Energienetze forcieren!

Eine Reduktion der CO₂-Emissionen um 30 bzw. 40 Prozent gegenüber 1990 würde für Deutschland bis 2020 zusätzlichen Investitionsbedarf von bis zu 67 Milliarden Euro für den Umbau der Energieversorgung bedeuten (Deloitte 2009). Damit der Ausbau der Erneuerbaren Energien und Netze sowie die Modernisierung des Kraftwerksparks statt zur Kostenfalle zum Wachstumsmotor wird, sind erforderlich:

- Einrichtung einer „Nationalen Strategiekommission“ im Sinne einer energiewirtschaftlichen Royal-Commission zur Erarbeitung der energiepolitischen Gesamtstrategie,
- Sicherstellung eines breiten Energiemixes für den effizienten Einsatz aller Innovationen,
- unverzügliche Einigung über die Verteilung von Mitteln aus der Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke zur Stärkung der Forschung und zur Effizienzsteigerung CO₂-freier Energien.

3. Spitzenposition bei klimafreundlichen Technologien ausbauen!

Zur Begrenzung des Temperaturanstiegs auf 2° C müssen bis 2030 weltweit ca. 10.000 Mrd. Dollar in emissionsarme Technologien und Energieeffizienz investiert werden (IEA 2009). Umso mehr Investitionen sind notwendig, um die Entwicklung neuer Umwelt- und Klimaschutztechnologien voranzutreiben und unsere Spitzenstellung in diesem Bereich weiter auszubauen. Notwendig sind:

- faire Wettbewerbsbedingungen durch vergleichbare Reduktionsziele für die Industrieländer und angemessene Emissionsgrenzen für Entwicklungsländer,

- wirtschaftsverträgliche Ausgestaltung des klimapolitischen Instrumentenmixes bei der Überprüfung des Integrierten Energie- und Klimaprogramms (IEKP) im Jahr 2010,
- Vermeidung von Mehrfachbelastungen, z.B. bei Emissionshandel und zusätzlicher CO₂-Steuer.

4. Investitionsstau bei der energetischen Gebäudesanierung auflösen!

Die Aktivierung der bis 2020 notwendigen 150 Milliarden Euro für die energetischen Gebäudesanierung ist der größte Hebel zur Erreichung der Klimaziele und birgt enormes Wachstumspotenzial für den Mittelstand (Deloitte 2009). Dringend notwendig sind:

- Bündelung und Flexibilisierung der etwa 1.000 verschiedenen Förderprogramme durch Umwidmung der vorhandenen Geldmittel,
- Einführung einer transparenten Energiesparprämie als direkte Wirtschaftsförderung,
- Abschaffung der Sanierungshürden im Mietrecht, um Kosten von Sanierungsmaßnahmen fair zwischen Nutzern und Investoren zu verteilen.

5. Breitbandausbau zur Stärkung der Wachstums- und Innovationskräfte beschleunigen!

Ein Breitband-Ausbau mit Glasfaser-Anschlüssen für jeden zweiten Haushalt bis 2020 würde 1 Million Arbeitsplätze schaffen. Um die hierfür notwendigen privaten Investitionen im Volumen von 35 Milliarden Euro schnellstmöglich zu aktivieren, sind jetzt erforderlich:

- stabile regulatorische Rahmenbedingungen auf nationaler und europäischer Ebene,
- klare Investitionsanreize durch attraktive Risikoprämien für Investoren,
- Ergänzung des Infrastrukturatlases um gesetzliche, branchenübergreifende Zugangs- und Mitnutzungsansprüche zu allen Infrastrukturen (Strom, Gas, Wasser etc.).

6. Akzeptanz für neue Technologien und moderne Infrastrukturen schaffen!

Damit Akzeptanzprobleme nicht länger zu Hürden für zukunftsweisende Projekte wie beim Netzausbau, der Energieerzeugung oder der Nano- und Biotechnologienutzung werden, brauchen wir schnellstens eine neue Akzeptanzpolitik für Wachstum und Beschäftigung mit den Eckpfeilern:

- offener Dialog über Risiken und Chancen neuer Technologien in Form von Dialogzentren,
- Abbau des Investitionsstaus durch transparente und wissenschaftsbasierte Genehmigungsverfahren in einem verlässlichen Rechtsrahmen,
- klare technologie- und innovationsfreundliche Positionierung der Politik auf allen Ebenen.

7. Rohstofflücke schnellstmöglich schließen!

Der Zugang zu Rohstoffen ist ein Schlüsselfaktor für die Innovationskraft unserer Wirtschaft. Um den globalen Abschottungsmechanismen entschlossen entgegen zu treten, brauchen wir eine moderne, ganzheitliche Rohstoff- und Ressourcengesetzgebung. Kernelemente sind:

- Abbau der Handels- und Wettbewerbsbeschränkungen und Forcierung neuer Entwicklungspartnerschaften mit den Rohstoffländern,
- Erleichterung des Zugangs zu heimischen Rohstoffvorkommen,
- Steigerung der Ressourceneffizienz durch Erhöhung der Recyclingquote sowie effizientere Wiederverwertung von Altstoffen.

8. Mit steuerlicher Forschungsförderung Zukunftsinvestitionen im Mittelstand anschieben!

Über die Weiterentwicklung der Hightech-Strategie und der leistungsorientierten Clusterförderung hinaus, gibt eine unbürokratische steuerliche Forschungsförderung gerade auch kleinen und mittleren Unternehmen einen wirkungsvollen Anreiz, Investitionen in Forschung und Entwicklung (F&E) auszubauen. Anforderungen an die Gesetzgebung sind:

- Gewährung einer Steuergutschrift in Höhe von 10 Prozent des F&E-Aufwands,
- Auszahlung der Steuergutschrift bei nicht gegebener Steuerschuld,
- Bevorzugung einer Deckelung des Förderbetrags pro Unternehmen gegenüber einer Einschränkung des Kreises der Förderberechtigten.

9. Privates Beteiligungskapital für Wachstumsfinanzierung mobilisieren!

Damit Beteiligungskapital-Gesellschaften auch in Deutschland verstärkt in die Finanzierung junger Wachstumsunternehmen investieren, sind die nachfolgenden international üblichen Rahmenbedingungen zu schaffen:

- Besteuerung auf Anleger- statt auf Fondsebene (Steuertransparenz der Fonds),
- uneingeschränkte Beibehaltung von Verlustvorträgen bei Kapitalmaßnahmen,
- Befreiung der Fonds-Verwaltungskosten von der Mehrwertsteuererhebung.

10. Bildungsoffensive durch mehr Wettbewerb und bundesweite Koordination verstärken!

Zur Sicherung des Fachkräftebedarfs ist über die gesteuerte Zuwanderung Hochqualifizierter hinaus vor allem eine Verbesserung der Qualität und Leistungsfähigkeit des deutschen Bildungssystems erforderlich. Bund und Länder müssen in gemeinsamer Verantwortung schnellstmöglich umsetzen:

- Masterplan für die Finanzierung und Konkretisierung der Maßnahmen zur Erreichung des 7-Prozent-Ziels für Bildungsinvestitionen bis 2015,
- Nachbesserung der Bachelor-/Master-Umstellung durch Straffung der Lehrpläne und stärkere Internationalisierung der Studienprogramme,
- Einführung eines bundesweit obligatorischen Vorschuljahres und Stärkung der Finanzierung privater Schulen zur Belebung des Leistungs- und Qualitätswettbewerbs.